

Stand: 10.02.2026 16:47:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11483

"Ländlichen Raum stärken II: Förderprogramm Brücken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11483 vom 12.05.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/13166 des WI vom 14.07.2016
3. Beschluss des Plenums 17/14250 vom 10.11.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 86 vom 10.11.2016



Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Bernhard Roos, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Susann Biedefeld, Martina Fehlner SPD**

Ländlichen Raum stärken II: Förderprogramm Brücken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Förderprogramm zur Sanierung von Brücken an Straßen in kommunaler Baulast aufzulegen, welches über die bestehenden Fördermöglichkeiten hinausgeht, den Finanzbedarf des Förderprogramms zu benennen und entsprechende Haushaltsmittel anzumelden.

Kommunen soll dadurch ermöglicht werden regelmäßig in die Sanierung von Brücken investierten zu können, damit die vorhandene Infrastruktur längerfristig erhalten bleibt. So soll sichergestellt werden, dass auch in Zukunft die Kommunen in Teilräumen mit besonderem Handlungsbedarf attraktiv bleiben und gleichwertige Lebensverhältnisse gewährt werden.

Begründung:

Die Sanierung von Brücken in kommunaler Hand wird derzeit im Rahmen der Straßenunterhaltungszuschüsse nach Art. 13b Abs. 2 Satz 1 des Finanzausgleichsgesetzes gefördert. Die Straßenunterhaltungszuschüsse reichen in den Kommunen in der Regel nicht, so dass der Unterhalt von Brücken vernachlässigt wird und Maßnahmen erst dann ergriffen werden, wenn ein Neubau unumgänglich ist. In diesem Fall kann auf eine Förderung aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gehofft werden. Ziel des Förderprogramms sollte sein, dass auch kleinere Sanierungsmaßnahmen der Kommunen und Landkreise gefördert werden, so dass die Lebensdauer der Brücken verlängert wird und in der Gesamtsumme Steuergelder gespart werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wirtschaft und Medien,
Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und
Technologie**

**Antrag der Abgeordneten Annette Karl,
Bernhard Roos, Natascha Kohnen u.a. SPD**
Drs. 17/11483

**Ländlichen Raum stärken II: Förderprogramm
Brücken**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Annette Karl**
Mitberichterstatler: **Eberhard Rotter**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 16. Juni 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 6. Juli 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 123. Sitzung am 14. Juli 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Annette Karl, Bernhard Roos, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Susann Biedefeld, Martina Fehlner SPD**

Drs. 17/11483, 17/13166

Ländlichen Raum stärken II: Förderprogramm Brücken

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Annette Karl

Abg. Eberhard Rotter

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Markus Ganserer

Abg. Martin Schöffel

Abg. Berthold Rüdth

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Reinhold Strobl

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Staatssekretär Albert Füracker

Abg. Eva Gottstein

Präsidentin Barbara Stamm

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 9 bis 14** zur gemeinsamen Beratung auf:

**Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos, Natascha Kohnen u. a.
(SPD)**

Ländlichen Raum stärken I:

Förderprogramm Bäder (Drs. 17/11482)

und

**Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos, Natascha Kohnen u. a.
(SPD)**

Ländlichen Raum stärken II:

Förderprogramm Brücken (Drs. 17/11483)

und

**Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos, Natascha Kohnen u. a.
(SPD)**

Ländlichen Raum stärken III:

Förderprogramm Straßen (Drs. 17/11484)

und

**Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos, Natascha Kohnen u. a.
(SPD)**

Ländlichen Raum stärken IV:

Förderprogramm Umrüstung Straßenbeleuchtung (Drs. 17/11485)

und

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Kathrin Sonnenholzner, Natascha Kohnen u. a. (SPD)

Ländlichen Raum stärken V:

Förderprogramm Allgemeinärztliche Versorgung (Drs. 17/11486)

und

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Kathrin Sonnenholzner, Natascha Kohnen u. a. (SPD)

Ländlichen Raum stärken VI:

Krankenhausplanung endlich ernst nehmen (Drs. 17/11487)

Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion zum Antrag auf Drucksache 17/11486 betreffend "Ländlichen Raum stärken V: Förderprogramm Allgemeinärztliche Versorgung" namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 36 Minuten. Die Verteilung setze ich als bekannt voraus. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Annette Karl, bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema gleichwertiger Lebensbedingungen beschäftigt uns im Landtag permanent; wir haben dazu auch eine eigene Enquete-Kommission eingesetzt. Ein wichtiger Teil gleichwertiger Lebensbedingungen ist eine gute Lebensqualität vor Ort in den Kommunen. Dazu gehören eine gute Infrastruktur, gute Freizeitmöglichkeiten und eine gute Gesundheitsversorgung.

Stimmt das mit der Uhr? Sie zeigt 17 Minuten an.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Sie haben 18 Minuten, und jetzt sind es 17 Minuten 27 Sekunden.

Annette Karl (SPD): Gut, 18 Minuten. Es hieß 9 Minuten, dann bin ich falsch informiert.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ja, Sie haben ja noch einen zweiten Redner von der SPD.

Annette Karl (SPD): Mit dem vorliegenden Antragspaket möchten wir ein Schlaglicht auf einige dieser Bausteine für gute Lebensqualität werfen. Wir möchten auch ein Schlaglicht auf die Situation vieler Kommunen im ländlichen Raum werfen, die sich in einer angespannten Haushaltslage befinden. Sie sind oft nicht in der Lage, die sogenannten freiwilligen Leistungen, die den Bürgern sehr wichtig sind, zu finanzieren.

Wir sehen hier die Staatsregierung in der Pflicht. Sie muss den Kommunen entweder eine größere Menge freies Geld über den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung stellen – hier wären zum Beispiel Regionalbudgets eine Möglichkeit – oder sie mit neuen Förderprogrammen gezielt unterstützen. Im Bereich Beseitigung von Leerständen ist dies dankenswerterweise erst kürzlich erfolgt. Hier müssen wir nur noch die Kommunen mit in die Förderung hineinnehmen, die zwar nicht in Landkreisen mit einem hohen Bevölkerungsrückgang liegen, aber selbst große Einwohnerverluste zu verzeichnen haben.

Unsere Anträge sollen eine Anregung für weitere Programme dieser Art sein. Ich möchte aber betonen: Eine stressfreiere Variante wäre mehr freies Geld für die Kommunen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, ich bitte um Entschuldigung. Sie haben natürlich recht mit der Redezeit. Die Uhr ist falsch, Sie haben insgesamt 9 Minuten.

Annette Karl (SPD): Dann muss ich wieder schneller sprechen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ja.

(Allgemeine Heiterkeit)

Annette Karl (SPD): Zu den Anträgen im Einzelnen: Hallen und Freibäder in Kommunen und Gemeinden sind unersetzlich, um zum einen den Kindern das Schwimmen beizubringen. Zum anderen sind sie ein wichtiges Stück Freizeitqualität. Vielerorts sind diese Bäder jedoch in die Jahre gekommen. Zum Teil sind sie schwer sanierungsbe-

dürftig, einige sind gar nicht mehr nutzbar, wie beispielsweise die Realschulschwimmhalle in Weiden. Die Fördermittel für diese nötigen Sanierungen sind für finanzschwache Kommunen nicht ausreichend. Wir fordern deshalb einen eigenen Sonderfonds und haben dazu auch einen Haushaltsantrag gestellt, der zurzeit beraten wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Kommune ist nur so gut wie ihre Infrastruktur. Dazu gehören auch Straßen und Brücken; der Kollege Rabenstein wird dazu noch nähere Ausführungen machen.

Das Thema Straßenbeleuchtung und ihr Energieverbrauch ist ebenfalls wichtig, wenn es auch vielen vielleicht als Petitesse erscheint. Im Zuge der Energiewende müssen wir alle Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz vollständig nutzen, und eine Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED führt eben zu einer massiven Reduzierung des Energieverbrauchs. Leider reicht die finanzielle Unterstützung über das KfW-Förderprogramm oft nicht aus, und wir fordern deshalb auch hier ein eigenes Förderprogramm.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiteres sehr wichtiges Thema ist die hausärztliche Versorgung; kaum ein anderes Thema kann die Gemüter unserer Bürger so bewegen. Auf dem Lande erreichen immer mehr Ärzte das Rentenalter, Nachfolger werden kaum gefunden. Die Sorge, irgendwann im Ort ohne Hausarzt dazustehen, lässt viele Bürgermeister nachts nicht mehr schlafen.

Es besteht ein massiver Handlungsbedarf. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass die Staatsregierung schon einiges unternommen hat, um Ärzte zu einer Ansiedlung im ländlichen Raum zu bewegen. Wir denken aber, dass es eines noch höheren Einsatzes und noch mehr Fantasie bedarf, und haben deshalb in unserem Antrag die Staatsregierung gebeten, noch einmal zu prüfen, wie man die Kommunen bei diesen Aufgaben besser unterstützen kann. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat sich diesem Anliegen einstimmig angeschlossen.

Umso mehr irritiert es uns, dass im Haushaltsausschuss die CSU-Mehrheit diesen Antrag dann abgelehnt hat. Sie wollte einen reinen Prüfantrag unter Haushaltsvorbehalt stellen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist wirklich Blödsinn; denn eine Prüfung erfordert vor allen Dingen erst einmal Gehirnschmalz, um Lösungen zu finden. Erst wenn es dann Lösungen gibt, die haushaltsrelevant sind, kann man über einen Haushaltsvorbehalt sprechen. Ich hoffe deshalb, dass sich die CSU besinnt und wieder auf ihr Votum vom Gesundheits- und Pflegeausschuss zurückgeht.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser letzter Antrag beschäftigt sich mit der Krankenhausversorgung im ländlichen Raum. Dort stehen immer mehr Krankenhäuser vor finanziellen Schwierigkeiten; das hat auch viel mit der Gesundheitspolitik des Bundes zu tun. Wir brauchen eine Krankenhausplanung, die sich auf diese Situation einstellt, damit die Bürger Krankenhäuser der Grundversorgung in einer vernünftigen Zeit erreichen können.

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Wir feiern 70 Jahre Bayerische Verfassung. Nehmen wir den Verfassungsauftrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen ernst. Unterstützen Sie unsere Anträge!

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Karl. – Für die CSU-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Kollegen Rotter das Wort. Bitte schön.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Verfassungsauftrag, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns zu schaffen, und dazu, was wir bereits alles zur Förderung des ländlichen Raumes und insbesondere des ländlichen Raumes mit besonderem Handlungsbedarf tun, wird nach mir der Herr Kollege Rüth, der Vorsitzende der entsprechenden Enquetekommission, Stellung beziehen.

Lassen Sie mich zunächst zu einigen Anträgen – zu Tagesordnungspunkt 9 bis 12 – aus meiner Sicht Stellung nehmen. Wir haben die Anträge 10, 11 und 12 bereits im Ausschuss sehr ausführlich behandelt, und ich kann Ihnen gleich sagen: Hier werden wir uns nicht besinnen, und wir werden diese Anträge mit den gleichen Argumenten ablehnen; denn sie sind nach wie vor gültig.

Zu den Schwimmbädern: Es wäre natürlich schön, wenn wir auch für jedes Freibad einen gesonderten Fördertopf hätten und die entsprechenden Gelder ausreichen könnten – nach Möglichkeit hoch, 70 %, 80 %, 90 %. Uns wäre das sicher allen recht. Jeder von uns – nicht nur diejenigen in den Räumen mit besonderem Handlungsbedarf – wird wissen, wo ein Schwimmbad in seinem Stimmkreis in die Jahre gekommen ist und es sinnvoll wäre, etwas zu tun, damit in den aufgrund des Wetters leider nur wenigen Monaten die Freibäder in der Freizeit und zur Erholung genutzt werden können. Dieses Geld haben wir aber leider nicht.

Besonders wichtig ist uns aber natürlich, dass die Kinder schwimmen lernen und deshalb die Bäder, die für Schulsport genutzt werden, gefördert werden. Dafür haben wir ein bestehendes Förderprogramm, und die Generalsanierungen der Schulschwimmbäder nach Artikel 10 FAG sind im Jahr 2013 erneut verbessert worden. Jetzt können auch Flächen zugrunde gelegt werden, die über einen aktuellen schulischen Bedarf hinausgehen. Voraussetzung ist allerdings eine entsprechende Zahl an Schulsportklassen. 40 Schulsportklassen sollten es sein, aber bei den bayernweit nach wie vor relativ wenigen Hallenbädern bekommt man eigentlich für jedes Hallenbad die entsprechenden Klassenzahlen zusammen, sodass man diesen wichtigen Aspekt bisher schon fördern konnte. Natürlich werden wir dies auch in Zukunft tun. Ihren Antrag, Frau Kollegin Karl, müssen wir aber leider ablehnen.

Ländlichen Raum stärken – Förderprogramm Brücken, Förderprogramm Straßen: Gerade habe ich gehört, dass dazu anschließend der Herr Kollege Rabenstein noch sprechen wird, ich sage Ihnen aber gleich, warum wir diese Anträge ablehnen werden. Hinterher können Sie gerne noch einmal dagegen argumentieren, wobei ich nicht

denke, dass wir hier, nachdem im Ausschuss die Argumente schon ausgetauscht worden sind, zu einer Änderung unserer ablehnenden Haltung gelangen.

Straßen und Brücken behandle ich jetzt gemeinsam, weil in der Straßenförderung auch die Brücken enthalten sind. Sie wollen für reine Erhaltungsmaßnahmen Geld. Das gibt es bisher nicht für konkrete Projekte, sondern das gibt es bisher im Rahmen der Pauschalmittel, die für den Straßenunterhalt ausgereicht werden. Bayernweit sind das im Jahre 2016 immerhin 269 Millionen Euro. Das ist gar nicht so wenig. Da bekommen beispielsweise die kreisangehörigen Kommunen in Niederbayern und in der Oberpfalz, wo sich die Räume mit besonderem Handlungsbedarf überdurchschnittlich konzentrieren, durchschnittlich 100.000 Euro pro Jahr, während die Gemeinden in Oberbayern durchschnittlich 75.000 Euro pro Jahr bekommen. Das muss für die reinen Erhaltungsmaßnahmen ausreichen. Bei Baumaßnahmen, die über die reine Erhaltung hinausgehen, haben wir bereits jetzt die gängige Förderpraxis, alle Maßnahmen mit Substanzvermehrung – bei sehr vielen Maßnahmen können wir die Straßensubstanz vermehren – als Ausbau zu behandeln. Diese bekommen eine entsprechende Förderung. Dabei wird die finanzielle Leistungsfähigkeit der jeweiligen Kommune berücksichtigt, sodass besonders arme Kommunen in den Räumen mit besonderem Handlungsbedarf eine hohe Förderquote erhalten. Daher sind wir leider nicht in der Lage, ein zusätzliches Förderprogramm für den Straßenerhalt aufzulegen, wenngleich ich als Verkehrspolitiker mich immer freuen würde, wenn wir zusätzlich Geld für noch bessere Straßen bekämen. Aber das ist leider nicht möglich, weil das Geld dafür nicht vorhanden ist. Daher werden wir auch diese beiden Anträge ablehnen.

Jetzt komme ich in gebotener Kürze zu dem Antrag betreffend "Förderprogramm Umrüstung Straßenbeleuchtung". Liebe Frau Kollegin Karl, ich habe es Ihnen im Ausschuss schon gesagt: Dafür gibt es schon seit Jahren entsprechende Fördermittel auf Bundes- und Landesebene. Ich kenne das von meiner Tätigkeit als Gemeinderat. Damals gab es noch keine Landesförderung. Sie ist erst später gekommen. Aber es gab

die Bundesförderung. Wir sind weiß Gott keine finanziell auf Rosen gebettete Gemeinde. Wir sind eine große Flächengemeinde und haben daher sehr viel Straßenbeleuchtung. Wir haben das Bundesprogramm der KfW in Anspruch genommen und dafür einen günstigen Kredit bekommen. Durch die Stromersparnis zahlt sich das bereits nach acht Jahren aus. Daher ist das ein sehr gutes Programm, das auch in Anspruch genommen worden ist, ebenso das vergleichbare Landesprogramm. Wir brauchen kein zusätzliches Programm. Ich kann hier nur "Guten Morgen SPD" sagen. Sie sollten den Kommunen empfehlen, die bestehenden Programme zu nutzen, anstatt hier mehr Programme zu fordern. Daher müssen wir auch diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Kleinen Moment bitte, Herr Rotter. Kollege Scheuenstuhl hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte.

Harry Scheuenstuhl (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Rotter, ich habe eine Frage dazu bzw. erst eine Mitteilung. Bei uns wurde in diesem Jahr wieder einmal ein Bad geschlossen, nämlich in Puschendorf. Das war allerdings eine Besonderheit, eine kirchliche Einrichtung, die auch Schulen genutzt haben. Es war ein kleineres Bad, kein normales Schwimmbad. Man könnte fast sagen, es war ein Lehrschwimmbad. Sie haben erklärt, dass fast alle Bäder in Bayern – ich zitiere Sie jetzt, ich hoffe, dass ich es richtig mache – eine Förderung bekommen, weil alle als Schulschwimmbäder betrachtet werden.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Rotter (CSU))

– Dann habe ich das verkehrt verstanden.

(Eberhard Rotter (CSU): Das ist richtig!)

Das heißt, es ist festzustellen, dass nur wenige oder weniger Bäder – das sage ich jetzt – eine Förderung als Schulschwimmbad bekommen. Das ist meine Auslegung. Ich möchte Ihnen mitteilen, dass es auch Bäder gibt, wo die Kommunen im Fall einer

gewissen Verdichtung versuchen, die Klassenzahlen zu erhöhen. Wer übrig bleibt, bekommt keine Klassen mehr, weil sich diese schon einer Verpflichtung unterzogen haben. Diese Bäder fallen somit raus. Meine Frage an Sie lautet: Wäre es angesichts der hohen Förderzahlen und der niedrigen Anzahl der von mir zitierten Spezialfälle möglich, entsprechende Mittel bereitzustellen?

Eberhard Rotter (CSU): Das ist immer die Frage, wie man die knappen Mittel besonders sinnvoll ausgeben kann. Sie haben mich vorher missverstanden. Darum ist es gut, dass Sie nachgefragt haben. Ich habe ausdrücklich die Zahl von 40 Klassen genannt. Das ist eine Voraussetzung dafür, dass eine Förderung nach diesem Programm erfolgen kann. Die Situation, die Sie geschildert haben, ist mir nicht bekannt, dass nämlich jede Gemeinde ein eigenes kleines Schwimmbad hat. Bei mir im Landkreis Lindau gibt es zwei Hallenbäder in den Städten Lindau und Lindenberg. Dort werden die notwendigen Klassenzahlen natürlich erreicht, und eine Förderung kann erfolgen. Eine vergleichbare Konzentration wäre wohl auch für andere Bereiche zu überlegen; denn wir können das Geld leider nur einmal ausgeben. Es hat natürlich mehr Sinn, dort zu fördern, wo man wirklich 40 Klassen unterrichten kann.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Rotter. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER kommt jetzt Kollege Muthmann. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst wende ich mich an die Antragsteller. Dieses ganze Antragspaket steht unter dem Oberbegriff "Ländlichen Raum stärken".

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Da sind Sie in die Falle getappt, weil der Begriff des ländlichen Raums sehr weit gefasst ist. Ich erinnere daran, dass nach der maßgeblichen Definition aus dem Landesplanungsrecht 89,4 % der Fläche Bayerns ländlicher Raum ist. Gerade dieser hohe

Anteil macht es unmöglich, eine Lösung für das Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen zu finden, wenn man das nur über den Blick auf den ländlichen Raum versucht. Es ist vielmehr notwendig, sehr viel differenzierter an diese Fragen heranzugehen und die finanzschwachen und wirtschaftsschwachen Regionen im ländlichen Raum dort zu unterstützen, wo das notwendig ist. Der weitergehende und allgemeine Ansatz wäre, den kommunalen Finanzausgleich anders zu gestalten und vor allem den finanzschwächeren Kommunen den Spielraum einzuräumen, der es ihnen ermöglicht, alle Pflichtaufgaben angemessen zu erfüllen und darüber hinaus zusätzlich das eine oder andere für die Regionalentwicklung zu tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Menschen erwarten heute gerade von den Gemeinden weit mehr als nur die Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben, weit mehr als die Zurverfügungstellung von Wasser, Abwassersystemen und ordnungsgemäßen Straßen. Schon das bereitet vielen Gemeinden Schwierigkeiten. Es gehören sehr viel mehr Dienstleistungsangebote dazu, die alle Geld kosten. Wenn wir die Menschen in den wirtschaftsschwächeren Regionen und ihre Bedürfnisse ernst nehmen wollen, müssen wir vor allem die Gemeinden finanziell und auch sonst in die Lage versetzen, diesen Erwartungen zu entsprechen. Das ist in Bayern bei Weitem nicht überall der Fall. Die Chancengleichheit ist das zentrale Thema in der Enquete-Kommission. Wir haben uns darangemacht, an Lösungen zu arbeiten, wie wir den Begriff definieren können, wie wir die Arbeit des Landtags und der Staatsregierung operationalisierbar machen können und wie wir die Aufgaben und die Ergebnisse messbar machen können. Wir beraten hier heute einen Teilbereich. Das kann man machen; aber ich würde noch sehr viel mehr darauf setzen, ein geschlossenes Paket aus der Enquete-Kommission vorzuschlagen und im Frühsommer nächsten Jahres hier vorzutragen und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Natürlich wäre uns eine andere Option sympathischer, als jetzt noch Einzelprogramme durchzuführen. Es bereitet der Staatsregierung Schwierigkeiten, Termine zu finden und Förderbescheide zu übergeben. Wir täten uns leichter, wenn wir, wenn dies nicht

über den kommunalen Finanzausgleich geschieht, denjenigen Regionen, die Nachholbedarf haben, Regionalbudgets zur Verfügung stellten, um den Kommunen Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten offen zu lassen. Geht es um Bäder, geht es um Brücken, geht es um ärztliche Versorgung, geht es um Straßenbeleuchtung oder um andere Dinge, die ein Thema sein können? – Aber die SPD will heute über Einzelprogramme debattieren.

Wir können eine ganze Reihe dieser Anträge auch im Einzelnen unterstützen. Das Förderprogramm zugunsten der Bäder, soweit sie nicht als Schulbäder förderfähig sind, ist durchaus ein berechtigtes und wichtiges Anliegen. Wir ringen dabei – das kann ich für die Region, aus der ich komme, bestätigen – immer wieder darum, Wege zu finden, wie die Gemeinden Schwimmbäder auch in Verbünden erhalten können, um über das Pflichtprogramm und die Pflichtmaßnahmen der Gemeinden hinaus Angebote für die Menschen zu machen. Nur die Pflichtaufgaben zu erfüllen, führt nicht zu einer attraktiven Region, zu einer attraktiven Gemeinde. Deshalb unterstützen wir auch das Förderprogramm der Bäder.

Zu Straßen und Brücken haben die Vorredner das Ihre gesagt. Das kann ich unterstreichen. Auch da haben wir ein großes Dilemma. Zuletzt hat Landwirtschaftsminister Brunner versucht, ein eigenes Förderprogramm für gemeindliche Wege aufzulegen. Auch das Kernwegenetz wurde mit großem Pomp angekündigt. Doch auch hier fehlt es an der finanziellen Unterlegung. Da sind mehr Show und mehr Ankündigung gegeben als Substanz. Wir unterstützen deshalb auch das Anliegen, die Gemeinden bei den notwendigen Straßen- und Brückenbaumaßnahmen zu unterstützen.

Hinsichtlich des LED-Themas wurde zu mutig gesprungen. In der Stadt Freyung haben wir diese Investitionen getätigt. Wir haben die Energieeinsparungen über die Jahre mit einem zinsgünstigen Darlehen verbunden, das praktisch bei null lag. Das ermöglicht die Umstellung umweltbewusst und letzten Endes finanziell neutral. Obgleich wir das Ziel im Kern unterstützen, werden wir uns hier aber enthalten, weil wir diese Förderung für nicht notwendig erachten.

In aller Kürze zu den beiden Gesundheitsthemen: Es ist schon die Frage, ob man wieder auf das Landesentwicklungsprogramm aufsetzt. Das LEP hat hierzu einen in der Tat sehr allgemein gehaltenen Ansatz und verfolgt keine bestimmte Zielsetzung. Da heißt es in der derzeit gültigen Fassung: "In allen Teilräumen ist flächendeckend eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung zu gewährleisten". – Das Thema ist richtig gesetzt, wir müssen uns aber auch darum kümmern, dass die Dinge viel verbindlicher geregelt werden. In der Frage, ob man die allgemeinärztliche Versorgung verbindlich sicherstellen kann und ob man das angesichts der derzeitigen Konstellation und Aufgabenstellung als Pflichtaufgabe in die Hand der Gemeinden gibt, üben wir eine gewisse Zurückhaltung. Die Gemeinden aber, die sich an diese Aufgabe heranmachen, ohne dazu verpflichtet zu sein, sollten unterstützt werden.

Zuletzt noch zur Krankenhausplanung: Da heißt es, die Sicherstellung einer stationären Grundversorgung sei flächendeckend zu gewährleisten. – Das ist auch unser Anliegen. Dennoch können wir diesem Antrag nicht zustimmen, das wurde im federführenden Fachausschuss auch betont. Wir glauben nämlich nicht, dass es richtig ist, für jedes Krankenhaus eine Geburtshilfeabteilung zu fordern. Das geht zu weit. Gerade in großflächigen Regionen, in denen relativ wenige Einwohner leben, würde das nämlich dazu führen, dass in einzelnen Häusern pro Jahr vielleicht 50 oder 100 Geburten stattfänden. Das ist aber nicht in unserem Sinn; das erachten wir fachlich nicht für richtig. Das ist auch nicht notwendig. Deshalb werden wir uns in dieser Sache enthalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. – Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Herr Kollege Ganserer. Bitte sehr.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Angespante kommunale Finanzlagen gehen meist mit Strukturschwäche und demografischem Wandel einher. Für die betroffenen Kommunen ist es oft extrem schwierig, aus diesem Teufelskreis allein wieder herauszukommen. Das haben wir aus

zahlreichen Gesprächen in der Enquete-Kommission erfahren. Eine Erkenntnis habe ich aus diesen Gesprächen mitgenommen: Es sind vor allem die weichen Standortfaktoren, die darüber entscheiden, ob eine Kommune lebenswert ist. Es sind Haltefaktoren, die darüber entscheiden, ob junge Menschen weggehen oder bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen leben meist gern im ländlichen Raum. Sie verlangen nichts Unmögliches. Sie unterscheiden allerdings nicht zwischen kommunalen Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen. Ein Mindestmaß, wenigstens ein Mindestmaß an Freizeiteinrichtungen, wird von den Menschen genauso erwartet wie, dass das Wasser aus der Leitung kommt, wenn man den Hahn aufdreht. Wenn die kleinen Dorfkinos nach und nach alle schließen, so ist das eine bedauernswerte Entwicklung, weil damit auch ein Stück Lebensqualität verloren geht. Wir werden politisch aber nur schwer etwas dagegen setzen können. Wenn Kommunen aber die Entscheidung treffen müssen, ihr Freibad zuzuschütten oder ihr Hallenbad zuzusperren und dem Verfall preiszugeben, weil sie sich die Sanierungskosten nicht mehr leisten können, dann ist das eine politische Bankrotterklärung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist aber auch ein verheerendes Signal an die jungen Menschen, die sich die Frage stellen, ob sie weggehen oder bleiben sollen. Ganz ehrlich: Was bringt es in so einer Situation, wenn ein sogenannter Heimatminister eine solche Kommune besucht und den "Bayern WLAN-Hotspot" einrichtet? – Da können dann die Leute, die weggehen, bei Twitter noch schnell die Nachricht absetzen, dass bei ihnen in der Kommune die Katze verreckt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Es war doch eine Initiative von Ihnen, von der CSU, den Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse in die Verfassung hineinzuschreiben.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Daran müssen Sie Ihr politisches Handeln auch messen lassen. Sie müssen sich auch daran messen lassen, ob Sie die Kommunen in die Lage versetzen, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

– Ja, ein Hund, den man getroffen hat, jault auf. Das merkt man an Ihrer Unruhe. Hören Sie doch einmal zu, und denken Sie nach, bevor Sie reden!

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Wir sind der Überzeugung, dass jede Kommune ihre eigenen Herausforderungen hat, dass sie aber auch eigene Lösungsansätze anbieten kann. Deshalb sollen die Kommunen auch selbst entscheiden können, was für sie wichtig ist. Wir GRÜNEN sind der Überzeugung, dass die Erhöhung des kommunalen Anteils am Gesamtsteueraufkommen Priorität vor einzelnen Förderprogrammen haben muss. Wir können deshalb leider nicht allen Anträgen und Vorschlägen der SPD zustimmen.

Es lässt sich nicht abstreiten, dass die kommunalen Straßen und Brücken in einem schlechten Zustand sind und bei den Kommunen Sanierungsstau herrscht. Ich gebe aber zu bedenken, dass der kommunale Straßenbau seit vielen Jahrzehnten über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gefördert wird. Bei der Entscheidung für oder gegen eine neue Brücke, für oder gegen eine neue Kreisstraße hätten die Kommunen nicht nur bedenken müssen, was sie der Eigenanteil für die Baumaßnahme kostet, sondern sie hätten auch berücksichtigen müssen, was sie künftig dafür an Unterhalt und Ersatzinvestitionen bereitstellen müssen. Das ist vielerorts aber nicht geschehen. Auch heute passiert das vielerorts noch nicht, sondern man baut heute immer noch weitere Infrastruktur.

Herr Kollege Rotter hat richtig festgestellt, dass die Kommunen für den Unterhalt pauschale Zuweisungen bekommen. Diese reichen aber offensichtlich nicht für den Unter-

halt und eine grundlegende Sanierung aus. Statt aber eine bestehende Straße zu sanieren, wird sie ausgebaut und breiter gemacht; denn das wird gefördert und bezuschusst. Das ist doch absurd. Statt eine Straße zu sanieren, wird die Straße weiter ausgebaut. Wir meinen deshalb: Statt eines neuen Förderprogramms muss die CSU-Regierung diesen Förderunsinn endlich beenden. Entweder man erhöht die Pauschale für den Unterhalt, oder man öffnet das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für Ersatzinvestitionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Umstellung der Straßenbeleuchtung ist zweifelsohne ein wichtiger Beitrag zur Energieeinsparung. Auch wenn Förderprogramme bereits bestehen, muss man doch feststellen, dass viele Kommunen mit der Umstellung bisher nicht vorangekommen sind. Wir halten deshalb den Vorschlag, hier ein kleines ergänzendes Förderprogramm aufzulegen, für sinnvoll. Wir unterstützen diesen Vorschlag.

Zu den beiden letzten Anträgen: Selbstverständlich ist eine ausreichende medizinische Versorgung ein weiterer elementarer Bestandteil für gleichwertige Lebensverhältnisse. Wir müssen flächendeckend im ganzen Land, in allen Landesteilen eine bedarfsgerechte und patientenorientierte Versorgung sicherstellen. Dies erfordert nach unserer Überzeugung ein Umdenken und die Bereitschaft aller Akteure. Deswegen halten wir den Antrag, zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, Kommunen bei der Einrichtung von medizinischen Versorgungszentren zu unterstützen, für sinnvoll und unterstützen ihn.

Im letzten Antrag geht es um die Krankenhausplanung. Ja, die ist notwendig. Wir haben da aber selber eine Initiative eingebracht und sind der Überzeugung, dass wir eine sektorenübergreifende Bedarfsplanung brauchen. Die Forderung, die vorhandene Krankenhauslandschaft im Land zu erhalten und dabei flächendeckend in allen Häusern Notfallmedizin, Chirurgie, Innere Medizin und Geburtshilfe zu erhalten, halten wir nicht für den richtigen Ansatz. Deswegen können wir da nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment bitte; Kollege Schöffel möchte eine Zwischenbemerkung machen.

Martin Schöffel (CSU): Herr Kollege Ganserer, Sie sprechen über gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum und gehen gleichzeitig pausenlos gegen den Straßenbau im ländlichen Raum vor; Sie stellen – auch das ist aus meiner Sicht absurd – pausenlos Anträge gegen die Verlagerung von Behörden in den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

Solange Sie gegen eine zukunftsfähige Infrastruktur im ländlichen Raum und gegen sichere Arbeitsplätze für junge Menschen im ländlichen Raum vorgehen, ist Ihr Engagement für gleichwertige Lebensbedingungen reichlich unglaubwürdig. Das möchte ich an der Stelle einmal sagen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Markus Ganserer (GRÜNE): Kollege Schöffel, ich weiß nicht, wer Sie zu dieser Stellungnahme aufgefordert hat

(Hans Herold (CSU): Das weiß er schon selber; da braucht er keinen Aufforderer!)

oder was Ihre eigentliche Intention ist. Ihre Äußerungen in der Enquete-Kommission waren doch ganz anders. Da haben Sie die Frage gestellt, ob es immer diese großen Standards sein müssen. Wir sind nicht prinzipiell gegen den Straßenbau; wir sind auch nicht prinzipiell gegen den Substanzerhalt. Aber das Förderunwesen muss beendet werden. Der Unterhalt wird nicht ausreichend gefördert und unterstützt, aber gleichzeitig wird der Ausbau weiter vorangetrieben. Das muss aber nicht überall sein. Es würde reichen, wenn wir die Straßen gescheit sanieren. Aber dazu sind die Kom-

munen oftmals nicht in der Lage. Wegen dieses Förderunwesens sind sie gezwungen, den Ausbau weiterzutreiben, und das ohne Maß und Notwendigkeit. Diesen Blödsinn muss man beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Für die CSU-Fraktion hat sich Kollege Rüth gemeldet. Bitte schön.

Berthold Rüth (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Ihnen versichern: In unserer Enquete-Kommission geht es viel sachorientierter zu als heute hier im Plenum des Bayerischen Landtags.

In der Online-Ausgabe der Deutschen Ärztezeitung war zu lesen, dass im Jahr 2012 58 % der deutschen Ärzte mit ihrem Einkommen zufrieden waren; jetzt sind 70 % mit ihrem Einkommen zufrieden. Von diesen 70 % waren 17 % sehr zufrieden, 53 % waren eher zufrieden. In diesem Bereich wurde in den vergangenen Jahren viel getan. Ich glaube, das ist auch ein Verdienst der Großen Koalition in Berlin.

Es gibt dort auch gute Übersichten über den Grad der Versorgung mit Hausärzten. Wir können schon jetzt feststellen, dass der Grad der Versorgung überall sehr, sehr gut ist. Nichtsdestoweniger steht eine Reihe von wichtigen Veränderungen im Lande an: Das Durchschnittsalter der Hausärzte in Bayern liegt bei 55 Jahren. Aber 34,7 % der Hausärzte sind älter als 60 Jahre; 14,7 % sind zwischen 55 und 59 Jahren alt. Erfreulich ist, dass mittlerweile 39 % Frauen den Beruf des Hausarztes ergriffen haben; die Quote der Männer liegt bei 61 %. Warum sage ich das? – Weil sich das Berufsbild des Hausarztes auf dem Land gewandelt hat. Die Ärzte wollen heute nicht mehr so viel arbeiten wie früher; sie setzen andere Schwerpunkte. Sie wollen beispielsweise Beruf und Familie unter einen Hut bringen oder suchen kooperative Formen der Berufsausübung. Sie wollen auch flexible Beschäftigungsverhältnisse. Viele wollen auch nur Teilzeit arbeiten und gehen gerne in ein Angestelltenverhältnis. Viele sind bereit, auf Teile ihres Gehalts zu verzichten, wenn sie damit diese anderen Wünsche realisieren können.

Der Staat muss natürlich auf diese Veränderungen reagieren. Eine wichtige Einrichtung war die Schaffung der "Gesundheitsregionen plus", die pro Landkreis mit 250.000 Euro gefördert werden. Dabei geht es darum, alle Akteure an einen Tisch zu bringen, um vor Ort maßgeschneiderte Lösungen zu finden, und die medizinische Versorgung auf dem flachen Land sicherzustellen.

Der Freistaat Bayern hat seit 2012 insgesamt 27 Millionen Euro für konkrete Fördermaßnahmen aufgewendet, im Detail für innovative Versorgungskonzepte pro Projekt 200.000 Euro. Für die Neuansiedlung von Ärzten gibt es 60.000 Euro Zuschuss. Ganz entscheidend ist, dass Studenten, die sich im ländlichen Raum niederlassen wollen, vier Jahre lang monatlich 200 Euro bekommen. Ich glaube, das ist eine ganz, ganz wichtige Sache.

Die Zuständigkeit der Kassenärztlichen Vereinigung für die Versorgung ist klar. Aber mittlerweile können auch die Kommunen an der Gestaltung der Rahmenbedingungen vor Ort mitwirken. Medizinische Versorgungszentren wie auch sogenannte Eigeneinrichtungen können gegründet werden. Das ist natürlich nicht ganz so einfach; dafür braucht man eine Zustimmung der Kassenärztlichen Vereinigung und der Kommunalaufsicht. Aber das ist schon auch möglich. – Die Kommunen können im Hinblick auf Schulen, Betreuung von Kindern und die Lebensqualität Rahmenbedingungen schaffen. Sie können den ÖPNV, den öffentlichen Personennahverkehr, unterstützen, kulturelle Angebote machen oder auch die Ansiedlung von Ärzten unterstützen. Bei uns zu Hause hat sich beispielsweise im Mai ein Kinderarzt niedergelassen; dabei hat ihn die Gemeinde ganz massiv finanziell unterstützt.

In Bayern gibt es auch kooperative Praxisformen. Ich nenne als Beispiel das Ärztehaus in Bad Endorf. Dort haben sich elf Ärztinnen und Ärzte niedergelassen. Wenn sie gefragt werden, warum sie das getan haben, sagen sie: Wir haben flexible Arbeitszeiten, wir können unsere Work-Life-Balance realisieren, und wir haben einen guten fachlichen Austausch. Im Bayerwald gibt es die Gemeinschaftspraxis Bayerwald, in der neun Ärzte zusammen drei Praxen gegründet haben. Dort ist das Hauptkriterium, dass

man generationenübergreifend zusammenarbeiten kann. Sie sehen, dass sich Freistaat und Kommunen auf den Weg gemacht haben und diese Herausforderungen angehen.

Es muss auch erwähnt werden, dass es in Nürnberg das Kommunalbüro für ärztliche Versorgung gibt. Herr Geuter reist durch das Land, besucht Landkreise und Gemeinden und berät dort sehr gut. Ich glaube, es ist auch ganz, ganz wichtig, dass die Kommunalpolitiker für dieses Thema sensibilisiert werden.

Zur Krankenhausversorgung kann man sagen, dass der Sicherstellungsauftrag bei den Landkreisen und den kreisfreien Städten liegt. Diese Institutionen nehmen ihre Aufgabe sehr, sehr ernst und stellen eine ausreichende, flächendeckende und vor allen Dingen akutstationäre Versorgung sicher. In Bayern gibt es 411 Krankenhäuser, davon sind 226, also zwei Drittel, im ländlichen Raum. Wir haben 77.528 Betten, davon 39.513 im ländlichen Raum. Das sind rund 50 %. Für die Krankenhausfinanzierung geben wir im Jahr 2016 500 Millionen Euro aus. Es gibt 127 größere Bauprojekte, die mit 2 Milliarden Euro unterstützt werden. Aber es gibt auch – das ist ganz klar – große Veränderungen in der Krankenhauslandschaft. Wir haben den medizinischen Fortschritt, wir haben die Telemedizin und Spezialisierungen. Es ist nicht immer sinnvoll, in einem Landkreis beispielsweise zwei Häuser zu halten, weil man sich dann nicht spezialisieren kann. Die Abteilungen müssen zusammengefügt werden; dabei geht es um die Nutzung von Ressourcen und von Personal. Es gibt schließlich auch Qualitätsindikatoren, beispielsweise die Geburtenzahlen. Man muss sehen, dass man entsprechend große Stationen zusammenbringt.

Ich glaube, die Kommunen haben dieses Thema gut im Griff. Wir vonseiten des Freistaats Bayern schauen auch darauf, und ich glaube, die Krankenhausplanung ist gut geregelt. Das haben auch drei Fraktionen im Ausschuss so gesehen. – In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Kleinen Moment bitte, Herr RÜTH. Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Abgeordneter RÜTH! Sie kommen aus dem Landkreis Miltenberg. Im Landkreis Miltenberg haben inzwischen 2.000 Bürger Petitionen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

für die Sanierung von Schwimmbädern unterschrieben. Davon haben Sie jetzt gar nichts gesagt. Diese Petitionen wurden beispielsweise in Großwallstadt und in Mönchberg auch von Gemeinderäten der CSU unterstützt. Insofern ist es schon ein großes Anliegen, auch der CSU. Deswegen möchte ich fragen: Wie stehen Sie zu diesen Forderungen, zu diesen Petitionen? – In der einen Petition wird ein Sonderprogramm für sanierungsbedürftige Schwimmbäder gefordert. In der zweiten Petition, aus Mönchberg, geht es darum, dass sich der Freistaat an einem Förderprogramm beteiligen soll, um das Betriebskostendefizit zu decken. Der kleinen Gemeinde Mönchberg mit 2.600 Einwohnern ist es in Zukunft nicht zuzumuten, ein jährliches Defizit von 250.000 Euro zu verkraften. Wie wollen Sie erreichen, dass solche Belastungen der Kommunen – es ist doch auch Ihr Landkreis – abgebaut werden? Wie können Sie diesen Kommunen helfen? Das ist die Frage, die sich diese gut 2.000 Bürger in Ihrem Stimmkreis Miltenberg stellen.

Ein weiterer Punkt. Wäre es nicht notwendig, auch etwas an Artikel 10 FAG zu ändern? 1995 wurde die Förderung kommunaler Freibäder und nicht schulisch genutzter Hallenbäder aus dem Förderkatalog gestrichen. Damals waren die Bäder vielleicht noch neu. Die Zeiten haben sich aber geändert. Müsste man den Artikel 10 FAG denn nicht auch ändern?

Ich frage Sie also: Was sagen Sie den Bürgern des Landkreises Miltenberg, die spezielle Wünsche haben?

Berthold Rütth (CSU): Herr Kollege Fahn, vielen Dank, dass Sie mir diese Frage stellen. Das Schwimmbad in Mönchberg ist mein Heimatschwimmbad. Ich wohne in der Nachbargemeinde Eschau. Ich bin dort auch im Gemeinderat. Der Gemeinderat hat beschlossen, das jährliche Betriebskostendefizit tragen zu helfen. Dafür bekommen wir Eintrittskarten, die praktisch genauso günstig sind wie jene für die Bürgerinnen und Bürger aus Mönchberg.

Ich habe Herrn Bürgermeister Zöllner – er ist übrigens der Bezirksvorsitzende der FREIEN WÄHLER; heute steht in der Zeitung, dass er Direktkandidat für den Bezirkstag werden und das Direktmandat gewinnen will – schriftlich, mündlich, telefonisch mehrfach angeboten, ihn zu unterstützen. Er hat von mir auch einen fünfseitigen Brief erhalten, in dem ich ihm Wege aufgezeigt habe. Ich warte noch heute auf einen Anruf von Herrn Bürgermeister Zöllner, in dem er sagen würde: Hier ist mein Terminvorschlag; wir können dieses Thema gemeinsam angehen. Ich warte auf den Anruf des Bürgermeisters. Ich habe es ihm mehrfach angeboten. Mittlerweile bin ich sogar so weit, mir zu überlegen, ob ich ein Flugblatt für die Bürgerinnen und Bürger von Mönchberg erarbeite, um das klarzustellen, weil die FREIEN WÄHLER speziell im Landkreis Miltenberg Dinge erzählen, die einfach nicht zutreffen.

Was das Thema Betriebskostenzuschuss angeht, Kollege Fahn, ist mir nicht bekannt, dass der Freistaat Bayern irgendwo Betriebskostenzuschüsse für Einrichtungen leistet, die sich in kommunaler Verantwortlichkeit befinden. Alle müssen wissen: Mönchberg ist eine sehr schöne Gemeinde, eine sehr stark touristisch geprägte Gemeinde. Sie hat sich aber etwas vergaloppiert. Sie haben in einem Ortsteil eine Anlage für regenerative Energien gebaut, die eine Million Euro gekostet hat – ich will nicht sagen, dass dieses Geld in den Sand gesetzt wurde. Aber mit den Bürgern gibt es wegen der Bescheide Riesenprobleme. Mittlerweile steht der Gemeinde das Wasser bis zum Hals. Jetzt wird versucht, davon abzulenken und den Schwarzen Peter dem Freistaat Bayern zuzuschieben. Ich muss das so deutlich sagen, weil das, was dort läuft, sehr unangenehm ist.

Also kurzum: Mönchberg liegt mir sehr am Herzen. Ich habe nach wie vor angeboten zu helfen, aber bisher warte ich auf einen Anruf. Ich habe dem Bürgermeister damals, als er die Unterschriften presssewirksam übergeben wollte, auch gesagt, dass er einmal darlegen sollte, was der Freistaat Bayern macht. Daraufhin hat Bürgermeister Zölner den Termin abgesagt. Landrat Scherf hat das Spiel auch durchschaut.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Kollege Rüth, die zwei Minuten sind auch um. – Sie bekommen noch einmal zwei Minuten, Herr Rüth.

Berthold Rüth (CSU): Er hat diesen Termin auch abgesagt und gesagt, dass er dieses Schauspiel nicht mitmacht, Herr Kollege Fahn.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment, Herr Rüth. Sie bekommen noch einmal zwei Minuten. Herr Kollege Strobl hat auch eine Zwischenbemerkung angemeldet.

Reinhold Strobl (SPD): Herr Kollege Rüth, Sie sagen, Sie gewähren dem Bürgermeister Unterstützung. Könnten Sie uns auch sagen, aus welchem Programm, aus welchem Topf es Gelder für Bäder gibt? Ich kann Ihnen nur sagen: Bei mir im Landkreis gibt es auch einige Bäder. Da kommt dann sogar der Finanzminister und sagt, sie sollen einen Antrag einreichen; er wird sich das anschauen. Wäre es nicht ehrlicher, gleich zu sagen: Ihr braucht gar keinen Antrag einzureichen, weil es nichts gibt?

Berthold Rüth (CSU): Herr Kollege Strobl, ich habe dem Bürgermeister geschrieben, dass es nicht einfach ist, Gelder zu bekommen, aber ich habe ihm Wege aufgezeigt. Es gibt die LEADER-Förderung und die ELER-Förderung, es gibt Möglichkeiten über das FAG, und es gibt Schulverbünde. Da läuft einiges an Neustrukturierung. Man kann nicht hingehen und sagen: Zack! Hier sind 100.000 Euro. – Das wird so nicht funktionieren. Man muss sich auf den Weg machen, muss Anträge stellen und muss das vorantreiben. Das Angebot steht; davon macht er aber keinen Gebrauch, weil er das nicht will. Er will nur eine populistische Show machen und sagen: Ich Armer bekomme vom Freistaat Bayern kein Geld. – Das ist ein total durchsichtiges FREIE-WÄHLER-

Manöver. Ich muss dies leider so deutlich sagen, weil es nicht anders ist. Es ist einfach so. Sie machen eine Riesenshow, ein Riesen-Bohei. Ich sage es noch einmal: Selbst der grüne Landrat Jens Marco Scherf – wir haben telefoniert – hat gesagt: Berthold, ich gehe da auch nicht hin; denn diese Show mache ich auch nicht mit. Kollege Fahn, das ist einfach die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Als weiterer Redner der SPD-Fraktion: Kollege Dr. Rabenstein. Bitte schön.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute geht es um eine sehr interessante Diskussion: Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern. Wir feiern 70 Jahre Bayerische Verfassung. In Artikel 3 ist jetzt an prominenter Stelle genau diese Passage eingebaut worden. In der Verfassung steht sehr viel, was auch grundsätzlich in Ordnung ist, aber nicht umgesetzt wird. Deswegen haben wir ja die Enquete-Kommission eingerichtet. Ich muss sagen: Auch dank der SPD-Landtagsfraktion haben wir dieses Thema vorangebracht und schon einiges erreicht, und das ist gut so. Was wollen wir denn? – Wir wollen Bayern ins Gleichgewicht bringen. Das heißt, dass sich eine Boom-Region nicht so entwickelt, dass es nicht mehr gut ist, weil bestimmte Probleme auftauchen – wir sehen das in München mit Blick auf Verkehr und Wohnungen –, während andere Regionen einfach abgehängt werden. Deswegen müssen wir konkrete Maßnahmen ergreifen. Deswegen auch unser Antragspaket. Ich hoffe auch, dass bei der CSU umgedacht und diesem Antragspaket zugestimmt wird.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, gerade beim Straßenbau hinken wir in Bayern weit hinterher. Wir wissen, dass wir bei über 40 % der Staatsstraßen Sanierungsbedarf haben. Auch beim kommunalen Straßenausbau haben wir erhebliche Mängel. Deswegen haben wir mit unseren Anträgen ja auch ein Sonderförderprogramm auf den Weg bringen wollen. Diese Anträge sind mit Sicherheit notwendig und sinnvoll; denn natür-

lich gibt es ein Programm, mit dem der Straßenunterhalt nach Artikel 13b Absatz 2 gefördert wird. Diese Mittel reichen aber nicht aus. Deswegen gibt es ein Auseinanderdriften. Reiche, finanziell gut ausgestattete Gemeinden können sich den Unterhalt selber leisten; sie brauchen die Zuschüsse nicht. Gerade aber Kommunen in strukturschwachen Gebieten und Kommunen mit finanziellen Schwierigkeiten bräuchten die Fördermaßnahmen, damit sie vor allem auch kleinere Ausbaumaßnahmen durchführen können.

Deswegen sage ich zum Schluss: Gerade die Straßen sind eine Visitenkarte eines Ortes. Sie sind notwendig für die Pendler, für die Anwohner selber, aber sie sind auch Aushängeschild und damit auch für den Tourismus wichtig und wertvoll. Deshalb brauchen wir die Unterstützungen, die wir jetzt gefordert haben. Dies gilt analog ebenso für die Brücken.

Daher noch einmal: Wir werden gleichwertige Lebensverhältnisse nur erreichen, wenn etwas Konkretes umgesetzt wird. Deshalb fordere ich Sie auf und bitte Sie, diese Anträge entsprechend zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Rabenstein. – Für die Staatsregierung: Herr Staatssekretär Füracker. Bitte sehr.

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen wieder einmal über den ländlichen Raum – Gott sei Dank. Das ist auch richtig. In allen Reden ist aber auch anerkannt worden, dass der ländliche Raum, so wie er jetzt im Vergleich zu den letzten Jahren und Jahrzehnten dasteht, in einer guten Verfassung ist. Wir können also zu Recht feststellen: So gut wie jetzt war der ländliche Raum noch nie gestellt.

Wir diskutieren heute über Dinge wie Freibadsanierungsprogramme. Wir diskutieren darüber, wie viel Geld man zusätzlich für all das brauchen könnte, was man im ländli-

chen Raum tut. – Ja, es ist wie überall im Leben: Man könnte immer noch viel, viel mehr Geld für alles Mögliche brauchen. So geht es mir daheim auch immer, wenn mich meine Kinder fragen. Alles könnte man noch besser, noch größer und noch schneller machen. Manchmal vergisst man, worüber wir eigentlich reden.

Meine lieben Freunde, eines steht doch fest: Wir haben genau in den Bereichen, über die wir heute beraten, in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte erzielen können. Die medizinische Versorgung und die Infrastruktur im ländlichen Raum haben sich weiter verbessert. Der ländliche Raum steht heute noch besser da als vor 20 Jahren. Ich erinnere nur an die Maßnahmen zur Dorferneuerung und an die Städtebauförderung. Jetzt fördern wir den Breitbandausbau.

Dort, wo Freibäder vorhanden sind, gibt es in der Tat ein Problem für die jeweilige Kommune; das hat niemand verschwiegen. Aber wir können nicht jedes Detailproblem einer Kommune allgemeingültig, das heißt so, dass es für alle passt, lösen. Es ist übrigens nicht so, dass Menschen etwa deswegen aus einer Kommune wegziehen, weil das Freibad nicht saniert wird. Meine Damen und Herren, ein bisschen müssen wir die Kirche – ich hätte fast gesagt: das Freibad – noch im Dorf lassen.

(Beifall bei der CSU)

Ja, wir haben ein Problem: Der Zuzug nach Bayern, der in den vergangenen Jahren stattgefunden hat und wohl auch in den nächsten Jahren stattfinden wird, erfolgt ungleichmäßig. Bayern verliert keine Einwohner. Im Gegenteil, nur noch wenige Regionen verzeichnen einen negativen Wanderungssaldo – Gott sei Dank! Unser Ziel muss es sein, die Menschen, die zu uns kommen, nicht nur nach Regensburg, Ingolstadt und München, sondern in alle Regionen gleichmäßig zu lotsen. Deswegen haben wir unsere Heimatstrategie entwickelt. Deswegen schreiben wir den Landesentwicklungsplan fort.

Wir folgen wie nie zuvor in Bayern – anderswo ohnehin nicht – einer Dezentralisierungsstrategie und wollen dementsprechend möglichst viel regional entscheiden

lassen. Unser Ansatz ist, dass die Kommunen möglichst viel Geld zur freien Verfügung haben; das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite haben wir viele Fachprogramme aufgelegt, welche den Kommunen bei der Sanierung oder Neuschaffung von Infrastruktur nützlich sind. Das beste Regionalbudget sind die Schlüsselzuweisungen, die wichtigste Leistung zum kommunalen Finanzausgleich.

(Beifall bei der CSU)

Wir alle sollten ehrlich Bilanz ziehen. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen: Im Jahr 2013 lag das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs bei 7,8 Milliarden Euro. Im Jahr 2015 waren es schon 8,3 Milliarden Euro. Im Jahr 2016 gab es eine weitere Steigerung auf 8,56 Milliarden Euro. Im Jahr 2017 schließlich werden 8,82 Milliarden Euro erreicht. In den vergangenen Jahren haben die Kommunen allein aus dem kommunalen Finanzausgleich fast 1 Milliarde Euro mehr erhalten! Hinzu kommt, dass rund 80 % der Gelder aus dem kommunalen Finanzausgleich für die Kommunen frei verwendbar sind.

Die Kommunen profitieren übrigens auch von den massiv gestiegenen Steuereinnahmen der letzten Jahre. Ja, der Staat hatte steigende Steuereinnahmen. Wissen Sie, wer noch höhere Steigerungen verzeichnet hat? – Die Kommunen des Freistaates Bayern! Auch das ist doch eine Wahrheit, die man einmal aussprechen muss.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben wirklich in allen Bereichen massiv aufgestockt. Ich erwähne die Investitionspauschalen, von denen ja 75 % in den ländlichen Raum fließen. Wir haben den Kommunen bei der Tilgung von Schulden geholfen. Wenn ich manchmal höre, der Freistaat Bayern entschulde sich auf Kosten der Kommunen, dann muss ich darüber lachen. Meine Damen und Herren, wir entschulden den Freistaat Bayern und die Kommunen; heuer fließen wieder 150 Millionen Euro Stabilisierungshilfen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und die Schülerbeförderungskosten?)

– Herr Schreiwanger, äh, Herr Aiwanger, hören Sie zu!

(Heiterkeit bei der CSU)

Nicht immer dazwischenschreien! – Es ist in der Tat so, dass in den vergangenen Jahren die positiven Finanzierungssalden der Kommunen wesentlich höher waren als die des Staates.

Ich betone: Die Stabi-Hilfen für die ländlichen Räume wirken. Wir haben für den kommunalen Hochbau mittlerweile 500 Millionen Euro in das FAG eingestellt. Als wir vor drei Jahren begannen, lag der Orientierungsfördersatz noch bei 35 % für jedes Projekt. Dann haben wir auf 40 % aufgestockt. Heuer sind es 50 %. Liebe Freunde, wenn das keine Steigerung ist! Angesichts dieser Zahlen brauchen wir uns nicht zu verstecken.

(Beifall bei der CSU)

Wir verlagern Behörden in die ländlichen Räume. Danke, Martin Schöffel! Niemand braucht Martin Schöffel aufzufordern, irgendeine Frage zu stellen; das weiß er schon selbst.

Unsere Maßnahmen wirken. Ich nenne das Stichwort Regionalmanagement. Wir verändern das Landesentwicklungsprogramm, weil wir die Kommunen massiv stärken wollen. Die Kommunen sollen selbst entscheiden, welche Voraussetzungen in gewerblicher Hinsicht vor Ort erfüllt sein müssen. Wer ist dagegen? – Die linke Seite im Bayerischen Landtag! Wir machen es. Wir schaffen Spielräume für die Kommunen. Die Kommunen werden durch unsere Politik gestärkt.

(Beifall bei der CSU)

Fakt ist: Die bayerischen Kommunen haben noch nie in der Geschichte des Freistaates Bayern so viel Geld vom Freistaat erhalten, wie es in den vergangenen Jahren der Fall war. 2017 wird ein neues Rekordjahr werden: Rekordzuweisungen an die Kommunen!

(Beifall bei der CSU – Dr. Paul Wengert (SPD): Die Kommunen hatten aber auch noch nie so viele zusätzliche Aufgaben zu erfüllen!)

– Herr Dr. Wengert, wir brauchen kein Haar-in-der-Suppe-Findprogramm.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Es geht nicht um Haare!)

Wir müssen vielmehr schauen, dass dort, wo noch Antworten gegeben werden müssen, die richtigen gegeben werden. Das machen wir.

Die vorliegenden Anträge enthalten nicht viel Neues. Wie oft haben wir bereits geprüft, ob es nicht auch sinnig und gut wäre, die Sanierung von Freibädern zu fördern? Das ist alles schon dargelegt worden. Schulschwimmbäder als Hallenbäder werden gefördert. Der Orientierungswert wird auf 50 % erhöht.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Wir führen jedes Jahr Spitzengespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden. Diese übermitteln uns vorher immer dicke Kataloge, in denen sie priorisiert darstellen, was sie sich wünschen. Das sind die Punkte, auf die in den Spitzengesprächen und den weiteren Verhandlungen der Schwerpunkt gelegt werden soll. Ich bin mittlerweile drei Jahre dabei, habe aber noch in keinem Katalog die Forderung nach vorrangiger Förderung der Freibadsanierung gefunden, noch nicht ein einziges Mal.

(Hans Herold (CSU): Wurde abgelehnt!)

Ja, es ist wahr, man könnte sich entscheiden, für Hunderte Millionen Euro oder sogar Milliardensummen lieber Freibäder statt Kanäle zu sanieren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn aber nicht einmal die kommunalen Spitzenverbände diese Forderung als hoch prioritär betrachten, dann bitte ich doch auch Sie von der Opposition darum, dies zu akzeptieren. Wir können es noch 500-mal prüfen – wir haben es jüngst wieder geprüft –, aber es bleibt dabei, dass die kommunalen Spitzenverbände diesen Punkt nicht als vorrangiges Problem in der Fläche des Landes erkennen.

Zu der Forderung nach zusätzlicher Förderung der Straßen- und Brückensanierung ist alles gesagt worden. Ich habe es bereits dargelegt: Die frei verfügbaren Mittel können die Kommunen natürlich auch für die Sanierung von Straßen und Brücken verwenden. Es bleibt bei der Feststellung: Die Kommunen hatten noch nie so viele frei verfügbare Mittel wie heute. Sie müssen den Mitteleinsatz vor Ort priorisieren.

Was die Unterhaltungspauschalen anbelangt, so erinnere ich daran, dass diese seit dem Jahr 2013 um ein Drittel aufgestockt worden sind. Alle müssten doch erkennen, dass dies ein richtiges Signal ist.

Und die Straßenbeleuchtung? – Lieber Herr Muthmann, Sie haben Recht: Die Gemeinde kann für so gut wie 0 % Zinsen Fördergelder der LfA und der KfW aufnehmen, um die Straßenbeleuchtung umzurüsten. Durch die folgende, angeblich 80-prozentige Einsparung von Strom können die Gelder zurückgezahlt werden, und es kommt langfristig sogar zu einer Ersparnis. Es scheint die rentierlichste Maßnahme überhaupt zu sein. Warum wir ausgerechnet diese noch fördern sollen, das ist mir nicht klar. Ich kann zu dieser Forderung voller Überzeugung sagen: Muthmann hat recht! – Das ist doch eine tolle Aussage, Herr Kollege.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER))

Was die Ärzteversorgung angeht, so sind die Kommunen oft viel kreativer, als wir glauben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Unterbringung von Ärzten wird meist gut organisiert. Das Gesundheitsministerium hat ein Kommunalbüro für ärztliche Versorgung am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit eingerichtet. Dort können die Kommunen im Zusammenspiel mit allen maßgeblichen Playern der Gesundheitswirtschaft passgenaue Lösungen eruiieren.

Wir haben Förderprogramme, die es in anderen Bundesländern nicht gibt, zumindest nicht mit diesem Förderumfang. Berthold Rütth hat sie erläutert. Wir können Niederlassungsförderung betreiben, indem wir junge Menschen, die sich bereit erklären, sich später als Arzt im ländlichen Raum niederzulassen, schon im Studium mit Stipendien unterstützen. Das sind doch tolle Signale, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Was die Krankenhäuser anbelangt, so unterstreiche ich das Gesagte: Unsere Kommunen haben den Versorgungsauftrag. Diesen nehmen sie sehr ernst. Wir unterstützen dies, indem wir im Rahmen der Krankenhausfinanzierung 500 Millionen Euro jährlich zur Verfügung stellen. Wir können davon ausgehen, dass aktuell keine Lücken, was die medizinische Versorgung der Menschen anbelangt, bestehen. Ich möchte wissen, ob die Qualität der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum jemals so hoch war wie jetzt. Nicht allein die Anzahl der Krankenhäuser entscheidet über die Art und die Qualität der medizinischen Versorgung. Viele andere Punkte sind auch entscheidend.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb glaube ich, dass wir auf dem höchsten Niveau angekommen sind. Wir haben bei den Fragen der Gleichwertigkeit und der Fortentwicklung der positiven Lebensverhältnisse im ländlichen Raum eine kluge Gesamtschau unterschiedlicher Maßnahmen. Einzelne Punkte, bei denen es noch hakt, werden überhöht. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Weg beschreiten. Der ländliche Raum blüht. Er wird in den nächsten Jahren noch viel intensiver blühen. Wir empfehlen die Ablehnung der Anträge.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Gottstein hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags sieht Zwischenrufe vor. Diese Möglichkeit wird von allen Fraktionen in unterschiedlicher Qualität und Intensität genutzt.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

Sie haben nicht als einfacher Abgeordneter, sondern als Staatssekretär an diesem Pult ein niveauloses Wortspiel vorgebracht.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Sie haben aus dem Namen Aiwanger den Namen Schreiwanger gemacht.

(Unruhe)

Dieses Niveau entspricht nicht diesem Hohen Hause. Ich erwarte eine Entschuldigung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Ich könnte auch sagen, ich habe mich versprochen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Nein, das war zu schlecht gespielt!)

– Wenn es Ihnen hilft, nehme ich das selbstverständlich zurück.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Danke! – Unruhe)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Scheuenstuhl. Bitte schön.

Harry Scheuenstuhl (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatssekretär, ich habe eine Frage. Sie haben geschildert, mit welchen Wünschen, Anträgen oder Zet-

teln die kommunalen Spitzenverbände zu Ihnen kommen. Sie haben mit Ihren Händen einen großen Stapel angedeutet. Das ist eine Menge Papier. Als jemand, der wie fast alle hier sehr viele Kontakte zur Kommunalpolitik hat, muss ich Sie fragen: Glauben Sie wirklich, dass Ihnen die kommunalen Spitzenverbände aus Jux und Tollerei Anträge und Zettel übermitteln? Das hat so geklungen. Vielmehr glaube ich, dass Ihnen die beteiligten Bürgermeister und Landräte in Kenntnis der Leistungsfähigkeit des Freistaats Bayern und nach sorgfältiger Abwägung diese Stapel an Papier übergeben haben. Sie sollten das in diesem Hohen Hause ernst nehmen. Sie haben von einer Priorisierung gesprochen. Das bedeutet, es wurden schon einige Punkte untergeordnet. Ich glaube, Ihnen fehlt es an Ernsthaftigkeit.

(Lachen bei der CSU)

Sie haben mit einer für Sie fulminanten Rede versucht, Ihre Position positiv darzustellen. Ich halte es für ein riesiges Eigentor, dass Sie die Kommunen in ein solch schlechtes Licht stellen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Sie müssen mir erst einmal erklären, worin das Eigentor besteht. Seit 27 Jahren bin ich Gemeinderat einer Gemeinde mit 2.300 Einwohnern. Ich war dort fast neun Jahre Zweiter Bürgermeister. Seit 27 Jahren bin ich Kreisrat des Landkreises Neumarkt. Dort war ich zwölf Jahre stellvertretender Landrat. Ich sitze immer noch in beiden Gremien. Seit ich Staatssekretär in diesem Ministerium bin, darf ich mich in besonderer Weise um Kommunalfinanzen kümmern. Sie glauben gar nicht, wie viele intensive Gespräche wir mit den Kommunen führen. Die Kommunen fühlen sich bei uns und bei mir in besonderer Weise garantiert nicht schlecht behandelt. Sie werden ernst genommen. Meine Damen und Herren, das ist geradezu grotesk.

(Beifall bei der CSU)

Ich empfehle Ihnen, genau anzuhören, was ich sage, bevor Sie eine Zwischenfrage stellen.

(Karl Freller (CSU): Sehr richtig!)

Ich habe gesagt, die Kommunen kämen jedes Jahr mit einer langen Liste an Wünschen, die im Rahmen des FAG berücksichtigt werden sollen. Das stimmt. Über all diese Punkte wird gesprochen. Die Spitzenverbände priorisieren die Wünsche in eigener Verantwortung. Mit der Liste verdeutlichen sie, was ihnen besonders wichtig erscheint oder eher nachrangig ist. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass sich unter den priorisierten Punkten auf dieser langen Liste jemals die Forderung nach einer Sanierung von Freizeitbädern befunden hat. Das war die Aussage. Ich möchte einmal wissen, was daran falsch ist. Hören Sie halt zu.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb weise ich den Vorwurf zurück, dass ich Kommunen nicht ernst nehmen würde. Gott sei Dank sehen das die Kommunen ganz anders. Wenn ich mit den Kommunen rede, habe ich einen großen Vorteil: Sie hören immer zu, und wir führen die besten Gespräche.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Die federführenden Ausschüsse für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie sowie für Gesundheit und Pflege empfehlen die Anträge mit Ausnahme des Antrags auf Drucksache 17/11486 zur Ablehnung. Über den Antrag auf Drucksache 17/11486 entscheiden wir namentlich. Bei diesem Antrag liegen unterschiedliche Voten vor. Deshalb ist aufgrund des Antrags der SPD-Fraktion gesondert abzustimmen.

Ich gehe davon aus, dass damit Einverständnis besteht, über die Anträge mit Ausnahme des Antrags auf Drucksache 17/11486 insgesamt abzustimmen und der Abstimmung die Voten der jeweils federführenden Ausschüsse zugrunde zu legen. – Das ist der Fall. Damit lasse ich so abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion in den vorher genannten federführenden Ausschüssen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist bei allen Fraktionen der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Anträge auf den Drucksachen 17/11482 bis 17/11485 sowie 17/11487 sind abgelehnt.

Jetzt folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag auf Drucksache 17/11486 betreffend "Ländlichen Raum stärken V: Förderprogramm Allgemeinärztliche Versorgung". Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt Zustimmung, während der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen den Antrag zur Ablehnung empfiehlt. Für die Stimmabgabe sind die Urnen bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Sie haben fünf Minuten Zeit. Ich darf darauf hinweisen, dass wir nach der Abstimmung in die Mittagspause gehen. Es geht um 14.00 Uhr weiter.

(Namentliche Abstimmung von 13.27 bis 13.32 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Wir gehen in die Mittagspause. Um 14.00 Uhr geht es weiter.

(Unterbrechung von 13.33 bis 14.02 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Mittagspause ist beendet. Ich kann leider die Sitzung nicht nach draußen verlegen. Deswegen bitte ich diejenigen, die noch draußen sind, hereinzukommen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Die stören bloß!)

Zur Tagesordnung darf ich jetzt ankündigen, dass wir nun die Dringlichkeitsanträge aufrufen. Es steht dann noch eine Erste Lesung auf der Tagesordnung an. Wenn wir dann noch Zeit haben, werden wir die Anträge unter den Tagesordnungspunkten 15 und 16 behandeln. Ab 18.00 Uhr besteht dann keine weitere Möglichkeit, weitere Themen anzugehen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Karl, Sonnenholzner, Kohnen und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Ländlichen Raum stärken V: Förderprogramm Allgemeinärztliche Versorgung" auf Drucksache 17/11486 bekannt. Mit Ja haben 61 gestimmt. Mit Nein haben 84 gestimmt. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.11.2016 zu Tagesordnungspunkt 13: Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Kathrin Sonnenholzner, Natascha Kohnen u. a. SPD; Ländlichen Raum stärken V: Förderprogramm Allgemeinärztliche Versorgung (Drucksache 17/11486)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	61	84	0